

An die Damen und Herren des Begutachtungsausschusses!

Seit Jahren wird uns gesagt, dass in den nächsten Jahren 50% der Lehrer vom aktiven Berufsleben in den wohlverdienten Ruhestand wechseln werden. Auch hört man, dass sich viel zu wenige Maturanten für ein Lehramtsstudium entscheiden. Das ist kein Wunder, denn in den letzten Jahren wurde von Seiten der Medien, Politik und selbsternannten Experten keine Chance ausgelassen die Lehrerschaft in der Öffentlichkeit schlecht zu machen und einen ganzen Berufsstand ins Abseits zu stellen.

Glauben Sie wirklich, dass das neue Lehrerdienstrecht (falls das alte in dieser Form novelliert wird) dazu beiträgt, junge talentierte Menschen dazu zu bewegen diesen Beruf zu ergreifen? Wir sind der Meinung nur ein attraktiv gestaltetes Dienstrecht, mit dem die erbrachten Leistungen fair abgegolten werden, ist eine Chance unser gut funktionierendes Bildungssystem zu erhalten.

Glauben Sie wirklich, dass Kollegen die Schularbeitenfächer, womöglich ausschließlich an der Oberstufe unterrichten, den Mehraufwand den 24 Stunden verursachen würden bewältigen können, wenn sie ihre Unterrichtsvor- und Nachbereitungen sowie Korrekturen gewissenhaft und professionell erledigen? Arbeitszeit ist nicht nur Unterrichtszeit!!!

Glauben Sie wirklich, dass eine Erhöhung der Lehrverpflichtung es dem Lehrer ermöglicht, sich intensiver als bisher um einzelne Schüler zu kümmern?

Glauben Sie wirklich, dass Junglehrer in der Induktionsphase neben einer vollen Lehrverpflichtung noch so nebenbei hospitieren und Induktionslehrveranstaltungen an pädagogischen Hochschulen oder Universitäten besuchen können? Gerade zu Beginn des Berufslebens haben Junglehrer einen erheblichen Mehraufwand mit der Vorbereitung des Stoffes.

Glauben Sie wirklich, dass sich Mentoren finden werden, die diese bedauernswerten Junglehrer in dieser Lebensphase begleiten werden, wenn sie dafür einen umfassenden Lehrgang ablegen müssen?

Glauben Sie wirklich, dass die Streichung der Abgeltung von Kustodiaten eine Verbesserung im Schulleben darstellt? Wer wird unter diesen Bedingungen in Zukunft für diese wichtigen Arbeiten zur Verfügung stehen? Muss der Direktor einen Kollegen zwangsbeglücken, denn freiwillig wird diese Arbeiten sicherlich keiner machen? Die aufgrund mangelnder Motivation verrichtete Arbeit des „ehrenamtlichen“ Kustos wird sicherlich darunter leiden.

Wir ersuchen Sie, Abstand von diesem Sparprogramm zu nehmen, ernsthafte Verhandlungen mit der Gewerkschaft aufzunehmen und eine respektvollere Formulierung für ein neues, gerechtes Lehrerdienstrecht zu finden. Denn entgegen der Meinung mancher Politiker vertritt die Gewerkschaft die Mehrheit der Lehrer und nicht eine Minderheit.

Der Lehrkörper des ORG Vöcklabruck

PS.: Die Stellungnahmen einzelner Kollegen finden Sie nachfolgend:

Aus dem derzeitigen Entwurf betreffend das LEHRERDIENSTRECHT NEU möchte ich einen für meine Tätigkeit als Kustos für Informatik besonders wichtigen Punkt herausgreifen, nämlich die beabsichtigte Streichung der Einrechnung des EDV-Kustodiaten in die Lehrverpflichtung. (Was die vielen anderen sachlich kritisierbaren Punkte im Dienstrechtsentwurf betrifft, stimme ich mit der Kritik der GÖD an diesen Punkten weitgehend überein.)

Diese Streichung lässt für mich nur den Schluss zu, dass man der Meinung ist, man hätte als EDV-Kustos praktisch wenig bis nichts zu tun. Selbst wenn die Schule eine externe Firma für die Serverbetreuung (Server- und Firewall-Wartungsarbeiten, zentrale Netzsicherheitsverwaltung) beauftragt hat, wie das seit einigen Jahren an meiner Schule der Fall ist, bleiben für den Kustos vor Ort noch genug Arbeiten zu tun: Z.B. Wartung der Arbeitsstationen und Drucker, Beschaffung von Hard-, Software und Verschleißmaterialien, Installation von Software, Hilfestellung für die Kollegenschaft hinsichtlich der Handhabung von Hard- und Software, Benutzerverwaltung, Fehlersuche und Fehlerbehebung (z.T. in Zusammenarbeit mit der externen Firma), usw.

Davon abgesehen erwartet jeder, der beruflich (auch außerhalb des Schulbereichs) mit einem Computer arbeitet, dass das EDV-System funktioniert bzw. eine etwaige Fehlfunktion ehestmöglich behoben wird. Schon kleinste Ursachen (z.B. Verbindungsprobleme im Netz, weil ein Schüler bzw. eine Schülerin unabsichtlich oder vorsätzlich ein Kabel gelockert hat; Druckerprobleme wegen eines Papierstaus oder leeren Toners,) können den Unterrichtsablauf erheblich stören bzw. die Unterrichtsplanung eines Lehrers durcheinanderbringen, insbesondere wenn sie während des Unterrichts selbst auftreten, z.B. während Prüfungssituationen, Referaten, Internetrecherchen,

usw. Die im Schulbereich aktiven Lehrer wissen, dass vor allem kleinere (manchmal auch größere) Störungen im Netz ziemlich regelmäßig auftreten, was meines Wissens typisch für EDV-Systeme ab einer gewissen Größe ist, wie mir auch EDV-Verantwortliche im Bereich nicht staatlicher Firmen bestätigen.

Dass all diese immer wieder notwendigen Arbeiten von einem zukünftigen Kustos außerhalb seiner Unterrichtszeit, die dann ja einer normalen vollen Lehrverpflichtung entspricht, womöglich auch noch kostenlos und in der gewünschten kurzen Reaktionszeit durchgeführt werden, die im Schulbetrieb oft notwendig ist, erscheint mir mehr als realitätsfern.

Noch härter würde es jene Kollegen treffen, die bis jetzt auch noch die Serverbetreuungsarbeiten selbst durchführen müssen, weil diese Tätigkeiten oft aus Kostengründen von deren Schulen noch nicht ausgelagert werden konnten.

Die beabsichtigte Streichung der Kustodiatseinrechnung ergäbe für mich vielleicht dann noch Sinn, wenn statt der Kustoden flächendeckend ausreichend qualifiziertes EDV-Personal eingestellt würde. Damit die gleiche Versorgungsqualität insbesondere die gleichen kurzen Reaktionszeiten an einer Schule weiterhin gewährleistet werden könnten, müsste so eine EDV-Fachkraft praktisch täglich zumindest während der Unterrichtszeit in der Schule anwesend bzw. in Bereitschaft sein, was aber der öffentlichen Hand erheblich teurer käme.

Die vielleicht kostenneutrale Variante, dass eine Fachkraft für die Betreuung mehrerer Schulen einer Region eingestellt wird, hat eben den grundsätzlichen Nachteil, dass sich die Reaktionszeiten betreffend Computer- bzw. Netzfehler erheblich verlängern würden, was zu all den Nachteilen im Schul- und Unterrichtsbetrieb führen würde, die ich weiter oben schon angedeutet habe.

Davon abgesehen wünsche ich den Verantwortlichen viel Glück und Erfolg, ausreichend qualifiziertes EDV-Fachpersonal für alle Schulen Österreichs bei jenen Lohnangeboten zu bekommen, die sich die öffentliche Hand leisten kann und will, da auf dem freien „Personalmarkt“ in Österreich gerade auf dem Gebiet der EDV-Fachleute ein Mangel herrscht und private EDV-Firmen geeignete Fachleute sicher besser bezahlen.

Kostengünstiger für die öffentliche Hand ist zweifellos gemäß der im Entwurf des neuen Lehrerdienstrechts enthaltenen „roten Linie“ vorzugehen:

Lehrer sollen zukünftig für weniger Geld wesentlich mehr arbeiten!

Sollte ich daher durch entsprechende neue gesetzliche Maßnahmen gezwungen werden, weiterhin das EDV-Kustodiat für weniger Geld oder sogar kostenlos und zusätzlich zu einer vollen Lehrverpflichtung abzuleisten, würde ich sicher „Dienst nach Vorschrift“ tun, was unter anderem zur Folge haben würde, dass z. B. längere Wartezeiten bei der Materialbeschaffung oder bei der Behebung von Fehlern im Computernetz und damit längere Störungen im PC-abhängigen Unterrichtsgeschehen (und vielleicht auch in der Schulverwaltung) in Kauf genommen werden müssten. Schließlich hätte ich ja dieselbe (in Folge der Dienstrechtsnovelle im Vergleich zum Jetztzustand aber eine noch höhere) Unterrichts-Lehrverpflichtung wie jeder andere Lehrer ohne Kustodiat. Ich könnte sicher nicht wie bisher praktisch in jeder Unterrichtspause oder Freistunde akute Computerprobleme beheben oder deren Behebung veranlassen. Da eben zusätzliche Vor- und Nachbereitungszeiten bzw. Organisationsarbeiten in Folge der höheren Unterrichtsverpflichtung anfallen würden, die ich nicht mehr, wie es bei der bisherigen Anzahl von Unterrichtseinheiten noch möglich war, im überwiegenden Ausmaß schon an Vortagen zu Hause erledigen oder auf späte unterrichtsfreie Nachmittags- bzw. Abendstunden verschieben könnte, würden oben erwähnte unterrichtsfreie Zwischenzeiten kaum mehr für die Behebung akuter Schulnetzprobleme zur Verfügung stehen.

Wie durch den Wegfall der Einrechnung des EDV-Kustodiats eine Qualitätssteigerung im Unterrichtsgeschehen erreicht werden soll, was angeblich auch wesentliches Ziel der Novelle sein soll, ist für mich nicht nachvollziehbar. Hingegen scheint man negative Konsequenzen für den Schulbetrieb bewusst in Kauf zu nehmen, wenn man nur Geld einsparen kann. (Vgl. Oben „rote Linie“!)

Kustos für Informatik
am ORG Vöcklabruck

Kurze Stellungnahme zu Punkt : Reduktion der Abgeltung für mehrtägige Schulveranstaltungen

Seit mehr als 30 Jahren bin ich mit der Leitung von Winter- und Sommersportwochen betraut. Eigentlich dachte ich immer durch Routine wird alles leichter organisierbar. Doch weit gefehlt, man versucht alles besser, schülerfreundlicher zu gestalten, damit das vielseitige Ziel der Vermittlung von Fertigkeiten gekoppelt mit sozialer Kompetenz den Schülern in guter, begeisternder Erinnerung bleibt.

Was dafür uns Lehrern abverlangt wird möchte ich nun kurz aufzählen.

Es beginnt mit der unmittelbaren Vorbereitung für die Wintersportwoche, nämlich was alles an Gegenständen, etc. mitgenommen werden muss. (für mind. 60 Schüler)

Erste Hilfe Ausrüstung für Lehrer überprüfen, ob alles Notwendige im „Schiwimmerl“ ist und Erste Hilfe Ausrüstung für Notfälle für Schüler.

Liederbücher – Hefte (ausarbeiten) für Morgenlob und Instrumente mitnehmen (gemeinsamer Beginn vor dem Frühstück schadet niemandem und fördert die Gemeinschaft)

Für Alternativgruppe Ausrüstung zusammenstellen (Langlaufski – Schuhe – Stöcke in der richtigen Größe), weiters Utensilien für den Unterricht der Langläufer organisieren, denn diese gehen auch ins Fitnessstudio, Rodeln, Schwimmen.

Für Alpinfahrer Langlaufausrüstung zusammenfühlen, denn jede Gruppe fährt einmal nach dem Schifahren um 17h noch mit den Langlaufskiern eine Runde (ca 1h). Damit das möglich ist, muss im Vorfeld die Gruppeneinteilung erfolgen, die Schuhgrößen müssen erhoben werden, damit man dann die passenden Schier und Schuhe und Stöcke vor Ort hat. Diese Tätigkeit ist nicht in 5 Minuten getan, oder bin ich nur zu langsam? Ganz zu schweigen von der regelmäßigen Wartung der Utensilien.

Selbstverständlich braucht man auch Materialien für die Abendgestaltung, denn die Jugendlichen sollten ja beschäftigt werden, wenn auch **manche** der Meinung sind, Schüler und Lehrer verbringen einen gemütlichen Urlaub in den Bergen.

Der Tagesablauf sieht folgendermaßen aus (zur Auffrischung für jene, bei denen der Schikurs vielleicht schon etwas länger zurückliegt):

7h Wecken, 7.45 Morgenlob, 8h Frühstück bis 8.30 (in dieser Zeitspanne bereits Verletzungen versorgen und Problemchen lösen etc) 9h ausrücken auf die Piste bis 12h, 12.15 bis 13.00 h Mittagessen, Pause bis 13.30, 13.45h ausrücken bis 16.30, anschließend umziehen und ev 17 – 18h Langlaufen, je nachdem welche Gruppen eingeteilt sind.

Sollte die Gruppe Big Foot fahren, dann muss der Lehrer die Bindung an die Schuhe anpassen, sodass keine Verschnaufpause zwischen Mittagessen und Ausrücken bleibt oder abends zwischen dem Abendessen und vor der Abendgestaltung die Big Foot richten, um am nächsten VM fahren zu können

Das Abendessen findet von 18.30 – 19.00h statt und um 20h beginnt das Abendprogramm, das meist 1.30h bis 2h in Anspruch nimmt. Vorher noch Auslosung des Tischtennisturnieres und Spiele

- Ein Punkt ist die Erste Hilfe Auffrischung mit praktischen Übungen
- Lawinenfilm mit Besprechung der Gefahren und Maßnahmen
- Pistenregeln durch Übungen und Filme
- Gruppenabend, für den die einzelnen Programmpunkte tlw. bereits zu Hause vorbereitet und vor Ort adaptiert werden müssen
- Spieleabend, der auch nicht alleine läuft
- Bunter Abend durch die Schüler mit Siegerehrung der Schirennen, Langlauf-Snowboardrennen

Ab 22h ist Nachtruhe, das bedeutet, dass Schüler auf Zimmer müssen, sich umziehen und ins Bett gehen. Die Schlussrunde durch alle Zimmer dauert mindestens eine bis eineinhalb Stunden, bis in allen Zimmern die Wehwehchen versorgt sind. Das heißt auch, dass ich um bestenfalls 23.30h den Gemeinschaftsraum der Lehrer aufsuche, um aber spätestens 15min später wieder zu gehen um für Ruhe zu sorgen. Auch die Kollegen drehen immer wieder die Runde.

Ist nun ab 1h etwa Ruhe eingekehrt, begibt man sich ins Bett, aber nur so lange, bis es entweder wieder laut ist oder jemand aus dem Bett gefallen ist und sich verletzt hat oder jemand Erbrechen muss oder es kommt jemand sich Beschwerden, dass eine zu laut schnarcht und die anderen können nicht schlafen, etc....

Glauben Sie nicht auch, dass eine Reduktion der Gebühren geradezu eine Beleidigung für unsere Tätigkeit wäre, die wir vollbringen?

Mädchen für alles und das rund um die Uhr, und das ohne Abgeltung?

Jedes Mal bin ich nach dem Schikurs unfähig etwas zu tun, denn da falle ich nur „tot“ ins Bett. Täglich eine mindestens 5-stündige körperliche Betätigung und eigentlich keine Erholungsphase dazwischen fordert den Körper mehr als es gut sein kann.

Glauben Sie wirklich, dass die derzeitige Zulage jemanden dazu veranlasst auf Wintersportwoche zu fahren? Es besteht leider nun schon das Problem, dass niemand mehr auf Schikurs mitfahren will, weil die Belastungen zu hoch sind. Wenn kein finanzieller Anreiz mehr geboten wird, werden noch weniger bereit sein mitzufahren. Auf Schikurs sollte man eben doch noch Schifahren, Snowboarden oder Langlaufen können, denn sonst wird es mit der Vermittlung nicht klappen!

Eine volle **Unterrichtsverpflichtung in der einjährigen Induktionsphase** ist eine Zumutung, da während des Studiums noch viel zu wenig Unterrichtserfahrung gesammelt wurde um dies zu bewältigen. Eine Beschränkung auf eine Klasse pro Unterrichtsfach während der Induktionsphase ist notwendig, um den Junglehrern einen fordernden, aber nicht überfordernden Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen.

40 Stunden wöchentlich zu arbeiten kann sich bei **24 gehaltenen Unterrichtsstunden** rein rechnerisch nicht ausgehen. Zählt man zu den 24 Unterrichtsstunden Supplierbereitschaften, eine Sprechstunde und die Zeit, die man in der Schule für Organisatorisches, z.B. zum Kopieren benötigt, ergeben sich schnell 30 Stunden. Rechnerisch ergeben sich so 25 Minuten, die man für eine Unterrichtsstunde zur Vorbereitung und zur Nachbereitung zur Verfügung hat. Selbst jemand, der nicht unterrichtet, kann sich vorstellen, dass sich das nicht annähernd ausgehen kann. Eine gewissenhafte Vor- und Nachbereitung wird dann nicht mehr möglich sein. Dies wird sich auch auf die Qualität des Unterrichts und folglich auf die Ausbildung der SchülerInnen auswirken.

LehrerInnen **unabhängig von Ausbildung an jeder beliebigen Schulart, in jedem beliebigem Fach und in jedem beliebigen Ausmaß auch gegen ihren Willen zu beschäftigen**, ist nicht sinnvoll. Nicht durch Zufall wählt ein Lehrer/eine Lehrerin ein Fach oder eine bestimmte Schulart. Nur wenn er/sie ein Fach unterrichten kann, in dem er/sie kompetent ist und das er/sie leidenschaftlich unterrichtet, kann er/sie gute Leistungen bringen. Nur so ist es für eine Lehrperson möglich SchülerInnen zu motivieren und kompetent zu betreuen.

Ich habe mir das neue Lehrerdienstrecht angeschaut und bin fassungslos. Die im Rundschreiben der AHS-Gewerkschaft angegebenen Kommentare zu den einzelnen Neuerungen sprechen eine deutliche Sprache.

Ich möchte vor allem zwei Punkte anbringen, die mir ganz besonders aufgefallen sind:

a. Dass die Anstellungserfordernisse für alle Schularten von LehrerInnen mit Bachelorstudium erfüllt werden, halte ich schlicht für Humbug. PH-Absolventen mit 3-jährigem Hauptschullehramt in der AHS-Langform, was für ein Schwachsinn.

Bildung bedeutet für mich mehr als Ausbildung, Kulturverständnis kann man auch nicht durch das Lesen von 3 Büchern und dem Besuch von 3 Museen abdecken.

Einen guten Englisch-Lehrer zum Beispiel macht eine ganze Reihe von Komponenten aus. Er soll eine gute Sprachkenntnis haben, sich literarisch auf einem entsprechenden Niveau befinden, geschichtlich und landeskundlich versiert sein. Ich bezweifle, dass dies durch ein (kurzes!) Bachelorstudium erreicht werden kann. Zwischen Englisch in der Unterstufe und E in der Oberstufe liegen Welten!!!

b. Ich halte einen professionellen Unterricht (wieder am Beispiel Englisch) mit einer Lehrverpflichtung von 24 Stunden nicht für machbar. Es ist aus diesem Grund zu befürchten, dass der Vorwurf, es werde zu einer ‚Leistungsnivellierung nach unten‘ führen, für extrem berechtigt. Alleine das Führen einer einzigen Maturaklasse in Englisch bedarf einer Unmenge an Vorbereitung, nicht nur fachlicher, sondern auch administrativer, wie z.B. dem Erstellen von Reading-Listening-Language in Use-Writing Aufgaben, die dann ja kopiert werden müssen. Nur wer das einmal jahrelang gemacht hat, weiß, wie viel Arbeit dies ist.

Je mehr Englisch-Klassen geführt werden müssen, desto mehr Verbesserungsarbeit steht ins Haus. Ein Lehrer hat aber auch nur 24 Stunden zur Verfügung- und die sind zumeist prall gefüllt!!!

Folgende allgemeine Gedanken und Zielsetzungen:

- 1) Das Ansehen der Lehre muss in der Gesellschaft wieder steigen!
Hier haben Regierung und Gewerkschaft gleichermaßen in den letzten Jahren nicht genug getan.
- 2) Die Arbeitsplatzsituation für Lehrer (speziell Räumlichkeiten, Persönlicher Arbeitsplatz) muss verbessert werden.
- 3) Mehr Zeit in der Schule bedeutet auch mehr Platzbedarf in der Schule
- 4) Regierung und Gewerkschaft verhandeln ein Dienstrecht, ohne die "Zukunft-Schule" definiert zu haben.
- 5) Die Lehrer finanzieren das Schulsystem mit Ihren Privatvermögen mit:
 - Büro zu Hause
 - private Lehrmittel notwendig (Block, Bleistift Computer)
 - Einsatz Privatauto für diverse Schulveranstaltungen
 Hier stört mich, dass dies zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Nun zum Dienstrecht:

- 1) Erhöhung auf 24 Wochenstunden sind ohne Unterrichtsangebotsenerweiterung reiner Personalabbau. Das ist bis auf die Betreuungsstunden nicht definiert, und eigentlich sind die auch völlig unklar!
- 2) Vorbereitungszeiten werden nie erwähnt.
Es muss ein System geben, dass einen Vergleich mit den in Österreich üblichen 38,5 bzw. 40 Wochenstunden möglich macht. Ansehen Lehrer!
- 3) Es wird immer als Gehaltssteigerung verkauft. Das ist vielleicht richtig, aber der Stundenlohn sinkt trotzdem.
Im Vergleich mit Dienstnehmern in der Privatwirtschaft ist das Gehalt eines Lehrers (Akademikers) mehr als bescheiden.
- 4) Wann und wo sollen die Beratungsstunden abgehalten werden?
Im Kopierkammerl, ... ?

Wussten Sie, dass Lehrer ihren Unterricht vor und nachbereiten müssen? Wir müssen Hausübungen korrigieren, Übungs- und Arbeitsblätter erstellen, Schularbeiten zusammenstellen und korrigieren, die Unterrichtsstunden planen, uns für den Lehrstoff passende Unterrichtsmethoden überlegen, Fachwissen aktualisieren, mit den Fachkollegen besprechen,.... Die Vorbereitungen für den Unterricht finden zu Hause statt, im privat eingerichteten und privat finanzierten Büro. Wir verwenden für unsere Vorbereitungen unsere privat finanzierten Computer, privat gekauftes Papier, zahlen uns den Strom fürs Licht selber... Wir hätten gerne einen Arbeitsplatz in der Schule, wo wir unsere Materialien auch lassen können, sodass wir sie nicht immer Hin- und Herschleppen müssen. Außerdem würde es dann nicht immer heißen, dass die Lehrer schon wieder zu Hause sind und nichts tun. Es ärgert uns, dass es von Seiten der Regierung besonders auch von der Frau Unterrichtsminister auch so gepuscht wird, dass in der Bevölkerung die Meinung herrscht, dass Lehrer zu wenig arbeiten. Wir werden zu Sündenböcken für ein krankes Schulsystem gemacht. Wir sind der Meinung, dass man Leistung auch steigern kann, in dem man diejenigen, die sie vermitteln sollen achtet und schätzt.

Einwände:

- keine Abschaffung der Lehrverpflichtungsgruppen
- keine unabgegoltene Erhöhung der Lehrverpflichtung
- Masterstudium als Voraussetzung für den Unterricht an AHS
- Anhebung der Lebensverdienstsumme auf derzeitiges Niveau

Die Politik spricht sich für ein praxisnäheres Lehramtsstudium aus. Wenn aber die Zulage für die Betreuung von Schulpraktika gestrichen wird, bzw. für eine Betreuung von Studierenden eine Mentorausbildung im Ausmaß von 90 ECTS (3 Semester Vollstudium) verlangt wird, frage ich mich,

wer sich bereit erklärt, diese Funktion zu übernehmen und somit zukünftige Junglehrer in die Praxis einführt bzw. betreut?

DIENSTRECHT NEU - Kritikpunkte

- 1) Streichung fast aller Zulagen (KV,...) --> im Verhältnis zum Aufwand meist sowieso zu wenig Geld/wo bleibt die Motivation? (Firmen geben auch Provisionen)
- 2) volle Unterrichtsverpflichtung in "Induktionsphase" --> warum dann überhaupt noch Induktionsphase, wenn die Vorteile eines Unterrichtspraktikums wegfallen/ zusätzlich soll die Induktionsphase nur in EINEM Fach verpflichtend sein? --> wie kann dann mein Zweitfach von dieser Induktionsphase profitieren?
- 3) 24 Wochenstunden --> sie wollen also Quantität statt Qualität (Unterricht und SchülerInnen leiden!)/Erhöhung der Arbeitszeit um teilweise 40 %
- 4) kein Urlaub in der letzten Ferienwoche --> haha! Wer macht schon Urlaub in der letzten Ferienwoche --> ich nützte diese für Vorbereitungen und war dieses Jahr an drei Tagen (!) in der Schule --> was ist daran bitte Urlaub?
- 5) wenn sie schon Gehaltsvergleiche (alt/neu) anstellen, dann bitteschön ungefälscht --> unter Berücksichtigung der erhöhten Arbeitszeit
- 6) zum Schluss noch: manche PolitikerInnen schlagen vor auch ohne der Zustimmung der Gewerkschaft das neue Dienstrecht einzuführen --> dadurch werden ALLE Gewerkschaften obsolet, die PolitikerInnen machen was sie wollen und auf den demokratische Geist unserer Republik wird "gepiffen"

Die Regierung zeigt, dass sie die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer überhaupt nicht wertschätzt. Warum könnte man sonst behaupten, dass eine Erhöhung der Arbeitszeit ohne weiteres zuzumuten ist.

Es ist unverständlich, dass man von Verbesserung der Qualität der Schulen spricht und jetzt Lehrer in Fächern unterrichten lassen will, für die sie keine Ausbildung haben.

Betrifft: Dienstpflichten –Lehrverpflichtung

Als Oberstufenlehrer in den Fächern Mathematik und Englisch bin ich von der Änderung stark betroffen.

Die Anhebung der Lehrverpflichtung bedeutet de facto, dass ich 2 Klassen mehr unterrichten muss (das Fach hat pro Klasse 3 oder 4 Wochenstunden). Wie der **zusätzliche Korrekturaufwand** bewältigt werden soll, kann ich mir nicht vorstellen. **Wie viele Hausübungen kann man dann noch korrigieren???**

Da hilft mir auch eine allfällige finanzielle Entschädigung nicht, wenn ich nicht weiß, wie ich meine Arbeit sinnvoll organisieren kann. Diese Arbeiten sind ja während des Unterrichtsjahres zu erledigen, ich kann sie nicht in die Ferien verlegen.

Will man seine Gesundheit erhalten, kann die einzige Konsequenz nur sein, dass man bei der Vor- und Nachbereitung des Unterrichtes Zeit einzusparen versucht. Das kann wohl **nicht als Qualitätssteigerung** gedeutet werden.

Betrifft: Streichung der Einrechnung für Schulbibliothekare

Das Konzept der zentralen Schulbibliotheken umfasst u. a. pädagogischen Hilfestellungen für die SchülerInnen. Die SchulbibliothekarInnen stehen den SchülerInnen mit Rat und Tat bei der Entwicklung wissenschaftlicher Arbeitsmethoden zur Seite. Dies insbesondere an der **AHS-Oberstufe**, an der die SchülerInnen gemäß Reifeprüfungsverordnung eine **Vorwissenschaftliche Arbeit** abzufassen haben. Die Bibliothekare stellen hier eine optimale **Anlaufstelle die Anliegen / Sorgen / Fragen der SchülerInnen** dar. **Warum will man hier ein gutes Modell zerstören?**

Ein paar Worte zur Ausbildung von Lehrern:

Wozu wählt ein Student zwei Fachrichtungen (z.B.: Englisch und Geographie) an der PH, wenn er dann während seines Berufslebens auch Informatik, Turnen, Biologie, usw. unterrichten muss? (ist jetzt in der NMS ja schon Alltag!) Das kann nur zu einer Senkung der Unterrichtsqualität führen.

Falls eine einheitliche Lehrerausbildung angestrebt wird, dann sollten auch alle Pädagogischen Hochschulen zu Unis umfunktioniert werden.

Die Lehrerausbildung ist in diesem Entwurf zu wenig ausgearbeitet und durchdacht!!!

Generell ist dieser Entwurf eine Verschlechterung für Lehrer/innen und Schüler/innen.

Ich als zurzeit noch nicht L1 beschäftigter junger Kollege finde den Vorschlag für das neue Dienstrecht unzumutbar. Und da geht es mir primär nicht um die finanziellen Aspekte, sondern um die Unterrichtsqualität. Wenn ich meine derzeitige Situation hernehme (ich unterrichte nur Mathematik), müsste ich nach dem neuen Dienstrecht ca. 26 Werteinheiten unterrichten. Zurzeit ist man als Mathematiklehrer mit 18 gehaltenen Stunden vollbeschäftigt, nach dem neuen Dienstrecht würde man 24 Wochenstunden unterrichten, das bedeutet einen Mehraufwand von 6 Wochenstunden (das sind zwei zusätzliche Klassen). Das wird sich mit Sicherheit in der Qualität des Unterrichts niederschlagen und in der Folge je nach Persönlichkeit des Lehrers zu einem "Wurschtigkeitsgefühl" oder zu Frustration führen. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen pro Woche 24 Stunden Mathematik zu unterrichten, und das vielleicht auch noch in der Oberstufe. Immerhin will ich nicht wie eine Maschine 24 Stunden halten, sondern meinen Unterricht gewissenhaft vorbereiten, meinen Unterricht reflektieren und mit meinem Unterricht zufrieden sein. Ich denke man wird Lehrer, die an sich selbst hohe Anforderungen stellen, ins Burnout treiben, weil es nicht mehr möglich ist die Anforderungen zu erfüllen, die man sich stellt. Wenn man sich dann auch noch die Bezahlung ansieht, wird man sicher nicht mehr verdienen, wenn man den Mehrverdienst und Mehrarbeitszeit, die sich ergibt, gegenüberstellt.

Dass Kustodiate etc. nicht mehr abgegolten werden, wird natürlich auch zu Problemen führen, denn man sollte schon bedenken, dass beispielsweise ein Netzwerk in einer Schule nicht von selbst funktioniert, sondern intensiv betreut werden muss. Wenn sich ein Lehrer darum annimmt, sollte das geschätzt, und somit auch finanziell abgegolten werden. Wenn das nämlich niemanden machen würde, würde wohl schnell das Chaos ausbrechen... .

Ich halte die Mehrstunden-Regelung für Jung-LehrerInnen gesellschaftspolitisch gesehen für kontraproduktiv. Die Gründe dafür:

1. Es liegt in unser aller Verantwortung, dass Arbeitsplätze erhalten, im besten Falle geschaffen werden. Die Mehrstunden-Regelung bewirkt genau das Gegenteil. Sollte „der Kuchen“ nicht so verteilt werden, dass so viele wie möglich etwas davon haben?
2. Die Mehrstunden-Regelung birgt die Gefahr, dass ...
 - ... Jung-LehrerInnen zwei Strategien bleiben, die daraus resultierende Überlastung zu bewältigen: Entweder sie reiben sich auf, um auch dem Qualitätsanspruch zu genügen. Dies mündet über kurz oder lang in einem Burn-out und Dienstausschluss. Oder sie machen „Dienst nach Vorschrift“, was zur Folge hat, dass sie den Qualitätsanspruch nicht erfüllen können. Dies wiederum erzeugt Frustration. Die (möglicherweise berechtigten) Beschwerden der SchülerInnen und Eltern werden noch das Ihrige zur Frustration beitragen. Beide Strategien bergen die Gefahr der Frustration bzw. Umorientierung nach einem anderen Beruf.
 - ... weniger junge Menschen Lehramt studieren. Dies hat erst den bereits befürchteten Lehrermangel zur Folge. Dabei sollte Lehramt – gerade angesichts der Negativschlagzeilen – für junge Menschen wieder attraktiv werden.

Im Stich gelassen fühlen – Überforderung – Frustration

Das sind Gefühle die sich in mir breit machen, wenn ich an mein bevorstehendes Unterrichtspraktikum denke.

Obwohl ich bereits neben meinem Studium einige Wochenstunden an einem Gymnasium unterrichte und somit mehr Erfahrung in der Praxis habe als meine StudienkollegInnen, kann ich mir mit bestem Willen nicht vorstellen, wie man als BerufseinsteigerIn 24 Wst + Hospitationsstunden + Induktionslehrveranstaltungen erfolgreich bewältigen soll. Wo soll da noch Zeit sein für eine genaue, qualitätvolle Planung von Unterricht, ein Experimentieren, Testen und Erproben von verschiedensten Methoden und einen Austausch mit dem/der Mentorin? Doch offensichtlich ist die Qualität des Unterrichts nicht mehr gefragt – Hauptsache billige Arbeitskräfte!!!

Es darf uns nicht wundern, wenn in Zukunft viele (StudentInnen und Lehrpersonen) ihre Kompetenzen, Talente und Fähigkeiten außerhalb des Schulwesens einsetzen, wo die Wertschätzung, die Entlohnung und die Aufstiegsmöglichkeiten besser und attraktiver sind.

Zum „neuen Lehrer-Dienst-Unrecht“:**Zum Namen:**

- Wie schon der Name „Dienstrecht“ andeutet, soll ein solches den Arbeitnehmer vor Ausbeutung schützen und ihm Rechte gewähren.
- Das „neue Lehrer-Dienstrecht“ verdient diesen Namen nicht, da es auf Missachtung und Ausbeutung der österreichischen LehrerInnen durch ihren Arbeitgeber, den Staat (bzw. Länder und Gemeinden), hinausläuft.

Arbeitszeit/LehrerInnengesundheit:

- Etliche Studien zur Lehrerarbeitszeit österreichischer AHS-LehrerInnen gehen von ca. 1900 Jahresarbeitsstunden aus.
 - Im Vergleich dazu: andere „Akademiker im Bundesdienst“ liegen bei ca. 1700 Jahresarbeitsstunden. Das Pikante daran: Dank „Zehn/Zwölfte!“-Regelung erhalten LehrerInnen an der AHS nur 10 (+2) Monatsgehälter, die auf 12 Monate verteilt ausbezahlt werden, während andere Akademiker im Bundesdienst 12(+2) Monatsgehälter erhalten (wie – meines Wissens nach - andere ArbeitnehmerInnen auch!). Begründet wird das mit den 2-monatigen Sommerferien.
 - => Allerdings bedeutet das: LehrerInnen arbeiten in den 10 Monaten Schuldienst MEHR (nämlich durchschnittlich 1900 Jahresarbeitsstunden) als andere Akademiker im Bundesdienst in 12 Monaten (nämlich durchschnittlich 1700 Jahresarbeitsstunden), bekommen dafür aber zwei Gehälter WENIGER.
 - Davon abgesehen schlägt sogar die Industriellenvereinigung vor, eine Jahresarbeitszeit von ca. 1800 Stunden nicht zu überschreiten.
- Die oft gehörte Forderung an LehrerInnen, in den Sommerferien zu arbeiten, ist also blanker Unsinn, denn: Wir bekommen diese ohnehin nicht bezahlt!
- Im neuen Lehrer-Dienst-UnRecht würden wir in dieser unbezahlten Zeit zu 2 Leistungen verpflichtet: 1. Die Ferien können erst nach dem „Erledigen (nicht näher definierter!) Schlussgeschäfte“ angetreten werden und müssen 2. Eine Woche vor Schulbeginn beendet werden. (Dass de facto alle mir bekannten LehrerInnen ohnehin 1-2 Wochen vor Schulbeginn mit ihrer Unterrichtsvorbereitung starten, da ja sonst der Schulanfang kaum zu bewerkstelligen wäre, sei nur nebenbei erwähnt.)
- Die neue Berechnung der Lehrverpflichtung (ohne unterschiedliche Gewichtung, sprich Werteeinheiten) würde in Schularbeitenfächern bedeuten, dass man für eine „volle Lehrverpflichtung“ plötzlich statt ca. 17/18 Wochenstunden 24 Wochenstunden arbeiten müsste.
 - Das ist – angesichts des hohen Zeitaufwandes (zur Vorbereitung und dem Abhalten des Unterrichts kommen zeitaufwendige Korrekturarbeiten, die schon jetzt viele Abende und während des laufenden Schuljahres einen Großteil der Wochenenden „verschlucken“) – unzumutbar und undurchführbar.
 - Bereits jetzt sind viele KollegInnen mit Schularbeitenfächern in der Oberstufe gezwungen, um eine Reduzierung ihrer Lehrverpflichtung anzusuchen, da sie ansonsten ihre Arbeit nur auf Kosten ihrer körperlichen & seelischen Gesundheit sowie ihres Familien- & Soziallebens verrichten können. Schon jetzt zählen LehrerInnen zu den am meisten von Burn-Out gefährdeten Berufsgruppen. Dass es sich dabei nicht um Schwarzmalerei sondern eine bekannte Tatsache handelt, kann man sich bei etlichem Anbieter von Zusatz-Krankenversicherungen überzeugen, die sich – unter Berufung auf das hohe Burn-Out-Risiko – weigern, LehrerInnen zu versichern.
 - Da vor allem Frauen im Lehrberuf tätig sind, verschärft das neue L-Dienstrecht die Doppelbelastung von Beruf & Familie!

Neue LehrerInnenausbildung:

- Bisher hat ein Universitätsstudium mit Magistergrad die hohe Qualität der LehrerInnenausbildung im AHS-Bereich garantiert.

- Dass plötzlich ein „Bakk.“-Abschluss genügen – und dabei noch die Qualität gesteigert(?) werden - soll, kann nur mehr als verwundern!
- Das ist Qualitätsminderung!
- Besser wäre es, den vernünftigen Weg gehen, also dass ALLE LehrerInnen einen Magister (Master oder gleichwertiges) vorweisen!

Experten

- Allgemein gilt: JedeR studiert, was ihn/sie am meisten interessiert & wo er/sie am meisten begabt ist.
- Bisher unterrichten AHS-LehrerInnen ausschließlich in jenen Fächern, in denen sie eine Lehrbefähigung haben.

=> Das hat bisher die hohe Qualität des Unterrichts an der AHS garantiert.

=> Der Einsatz von (AHS-)LehrerInnen in anderen Fächern, wie es – leider – auch schon bisher an HS/NMS üblich ist, führt zwangsläufig zu: a) einer Qualitätsminderung des Unterrichts b) einer Demotivation des Lehrpersonals (Im Extremfall bedeutet es: ich muss ausgerechnet jenes Fach, das mich AM WENIGSTEN interessiert und das ich NICHT studiert habe, unterrichten , anstatt meine ausgezeichneten & durch einen Magistertitel belegten Fähigkeiten in „MEINEM“ Fach anwenden zu dürfen.)

Politikerkommentare zur Debatte des „neuen L-Dienstrechts“.

- Zu Faymann: Es ist empörend, dass ausgerechnet ein „roter“ Politiker der „sozialdemokratischen Partei“, die aus der Arbeiterbewegung der 1920er-Jahre ihren Schwung bezog, sich zu der Aussage hinreißen lässt: Zur Not könne die Regierung „das auch ohne die Gewerkschaft machen“. Wo kommen wir hin, wenn ein roter Politiker die Gewerkschaften ausschalten will/übergeht/für unnötig hält – und sich damit mit Frank Stronach (zunächst) auf eine Linie stellt? Bzw.: Wo sind wir da bereits?
- Zu Heinisch-Hosek: Wie kann sie als ehemalige (Sonderschul-)Lehrerin ihren ehemaligen BerufskollegInnen derart in den Rücken fallen?
- Zu Glawischnig: Bisher konnte man „grüne“ Bildungspolitik ja für vernünftig halten, doch was muss man hören? „Beim Lehrerdienstrecht will Glawischnig eine Reform auch ohne Zustimmung der Gewerkschaft, weil sie glaubt, dass es nicht alle Lehrerinnen und Lehrer so sehen wie ihre Gewerkschaft.“ (Ö1 Mittagsjournal am 23.8. 2013). Das ist eine sehr seltsam anmutende Aussage, die – zu Unrecht - die Sinnhaftigkeit von Gewerkschaften an sich in Frage stellt!
- Genauso schlimm (Schul-Realitätsfremd, Lehrberuf-verachtend etc.) sind die Kommentare der anderen Parlamentsparteien, sodass man sich als österreichische AHS-LehrerIn – gerade auch in Zeiten der bevorstehenden Wahl - nur ratlos denken kann: „WOHIN SOLL ICH MICH WENDEN???“

RESÜMEE:

Wer sich das neue Lehrerdienstrecht hinsichtlich Finanzen anschaut, kann leicht seine 2 „Ziele“ erkennen – die NICHTS mit (einer Qualitätssteigerung von) Bildung zu tun haben:

- Verpflichtung der LehrerInnen zu MEHR Arbeit (wesentliche Erhöhung der Lehrverpflichtung, Wegfall der Bezahlung für zusätzliche Tätigkeiten wie KV, Kustodiate, Bibliothekar etc.) für gleichzeitig WENIGER Geld (dramatische Senkung der Lebensverdienstsumme!)
- Einsparung von ca. 15000 Dienstposten
- Eine behauptete aber keine tatsächliche Entlastung von LehrerInnen, da kein ausreichendes Zurverfügungstellen von Hilfskräften (wie dies, z.B. in Frankreich, längst üblich ist!) vorgesehen ist.

=“SPAREN“/STAATSAUSGABEN KÜRZEN (bzw. Umverteilen zu willkürlich eingeführten „Bildungsprojekten“), das ist alles!

=> unzumutbar!

=> respektlos den (AHS-)LehrerInnen, ihrer Arbeit, ihrer Gesundheit und ihren Familien gegenüber!

=> an (AHS-LehrerInnen-Arbeits-)Realität vorbei!

=> Die Qualität des Unterrichts & die Lebensqualität von LehrerInnen werden beide DRASTISCH beschnitten & noch jahrzehntelang unter dem neuen L-D-R leiden, sollte es tatsächlich so beschlossen werden

=> Der Lehrberuf wird ein noch schlechteres Image unter BerufsanwärterInnen haben - & das zu Recht! (Wer wird es – im Rahmen des „neuen Unterrichtspraktikums“ schaffen, neben einer vollen Lehrverpflichtung noch Zeit zum verpflichtenden Hospitieren und für das Besuchen verpflichtender Kurse zu finden? Um dann für weniger Geld mehr – und in anderen als den eigenen Fächern – zu unterrichten, in den Ferien Lernbetreuung anzubieten, ein Gratis-KV sein etc. Wer wird es können, und wer wird es für attraktiv halten?)

=> LehrerdienstUNrecht.

Seit mittlerweile zwanzig Jahren unterrichte ich an einem Oberstufenrealgymnasium unter anderem den Unterrichtsgegenstand Deutsch. Nach wenigen Jahren mit 4 Deutschklassen in der Oberstufe habe ich für mich entschieden, keinesfalls mehr als drei Deutschklassen zu unterrichten, da eine gewissenhafte Korrekturarbeit einfach nicht mehr Klassen zulässt, auch wenn dadurch eine volle Lehrverpflichtung für mich nicht immer garantiert ist. Immer öfter höre ich auch im eigenen KollegInnenkreis und aus anderen Schulen von KollegInnen, die um Reduktion ihrer Unterrichtsverpflichtung ansuchen, weil die umfangreiche, aber besonders wichtige, Korrekturarbeit neben einer gewissenhaften Unterrichtsvorbereitung für sie bei einer vollen Lehrverpflichtung nicht mehr machbar ist. Das mag für Menschen jenseits der Schulrealität schwer nachvollziehbar sein, ist aber eine Tatsache!

Wenn im neuen Dienstrecht von 24 Stunden Lehrverpflichtung die Rede ist, so würde das bedeuten, dass in Zukunft eine Lehrerin in meiner Situation möglicherweise noch 2 Deutschklassen zusätzlich unterrichten müsste. Aus langjähriger Erfahrung kann ich behaupten, dass in diesem Falle eine gute und zufriedenstellende Unterrichtsarbeit nicht mehr möglich ist, unabhängig von der Höhe der Zulagen, die man dafür zu bezahlen gewillt wäre. Die Konsequenz kann also nur sein, dass LehrerInnen die wichtige Korrekturarbeit massiv einschränken, die SchülerInnen also weniger konstruktives Feedback bekommen, und die Pädagoginnen und Pädagogen logischerweise weniger Zeit haben, ihren Unterricht entsprechend vorzubereiten. Das lässt mich zu dem Schluss kommen, dass die großartigen Bildungsspezialisten, die für das neue Lehrerdienstrecht verantwortlich zeichnen, eine völlig unrealistische Vorstellung vom Schulgeschehen haben und bestenfalls ahnungslose Träumer sind! Klar muss allen sein, dass bei Einführung des neuen Dienstrechts nicht nur die Lehrer und Lehrerinnen auf der Strecke bleiben, sondern auch die zukünftigen Schüler und Schülerinnen! Das neue Lehrerdienstrecht ist nichts anderes als ein Sparpaket. Die Qualität des Unterrichts und das Wohlergehen der Schülerinnen und Schüler spielen dabei nicht die geringste Rolle! In meinem eigenen Interesse, im Interesse der jungen Menschen, die uns Lehrerinnen und Lehrern anvertraut sind und uns ans Herz wachsen, und aus Solidarität mit meiner Tochter, die gerade das Unterrichtspraktikum absolviert, kann ich den Inhalt des neuen Lehrerdienstrechts nur ablehnen!

Und zu dem Vorwurf, die Gewerkschaft würde sich ungerechtfertigter Weise gegen das neue Lehrerdienstrecht wehren: Bei welcher anderen Berufsgruppe würde man es wagen, 20 % mehr an Arbeit zu fordern, und das bei einer weitaus geringeren Lebensverdienstsumme? Probieren Sie es bitte aus!

Würde meine Gewerkschaft sich nicht dagegen wehren, wäre es wohl besser gewesen, ich hätte viele Jahre lang meinen Gewerkschaftsbeitrag im Kaffeehaus gelassen.